

TOP	Gegenstand	Seite	Vorlagen-Nr.
	<u>I. Öffentliche Sitzung</u>		
1.	Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 21.01.2010	3	
2.	„Staatsanwalt vor Ort“ – Bericht von Herrn Köstner - - TOP entfällt -	3	31/09 a
3.	Kindertagesbetreuung; <u>hier:</u> Weiterer Ausbau von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren	3-4	48/88 cn
4.	Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme von Kindern an der OGS an Grundschulen der Stadt Brühl; <u>Bezug:</u> SchA vom 23.03.2010	4-6	24/03 ax
5.	Erziehungsberatungsstelle Brühl/Wesseling; <u>hier:</u> Entfristung einer Vollzeitstelle	6-7	27/03 i
6.	Kindertagesbetreuung; <u>hier:</u> Buchung von Betreuungszeiten in den Brühler Tageseinrichtungen Anfrage des Herrn Weitz (SPD) in der Sitzung JHA vom 21.01.2010	7	48/88 co
7.	Hilfe zur Erziehung	7	
7.1	Fach- und Finanzkennzahlen zum Stichtag 31.03.2010	7	57/06 j
7.2	Jahresbericht 2009 des Sozialdienst katholischer Frauen (SKF) Pfllegekinderdienst (PKD) für die Stadt Brühl	7- 8	57/06 k
8.	Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit; <u>hier:</u> Änderung der Richtlinien vom 01.01.2005	8	9/00 p
9.	Eltern- und Familienbegeleitung; <u>hier:</u> Elternbesuchsdienst	8-9	19/10
10.	Jugendhilfeausschuss des Rates; <u>hier:</u> Anfrage der Fraktion Freie Wähler/Bürgervereinigung Brühl vom 18.04.2010	9	20/10 a
11.	Mitteilung Herr Kasike (Stadtjugendring)	9	
12.	Anfragen	9	
12.1	Anfrage Herr Miron (Stadtjugendring) - Großspielgerät im Mehrgenerationspark -	9	
12.2	Anfragen Ratsherr Weitz - Folgekosten Auslagerung der Jugendverbände - Ausländerbeirat/Integrationsausschuss/Auswirkungen im JHA	9- 10	
12.3	Anfragen Frau Meyer (Kinderschutzbund) - Bündnis für Familien - Betreuungslücken während der Sommerferien 2011 - Räumlichkeiten für eine weitere Kinderbetreuung	10 10 10 10	
	<u>II. Nichtöffentliche Sitzung</u>		
13.	Mitteilungen	10	
14.	Anfragen	10	

I. Öffentliche Sitzung

Frau Vorsitzende Küster (CDU) eröffnet die Sitzung des heutigen Jugendhilfeausschusses.

Zunächst stellt sie fest, dass zu der Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde.

Danach verpflichtet sie Herrn Hoffmann (Kinderhaus Schumaneck) mit der Verpflichtungsformel.

Zu Beginn der Sitzung teilt sie mit, dass der TOP 2 „Staatsanwalt vor Ort“- Bericht von Herrn Köstner - Vorlage Nr. 31/09 a entfällt, da Herr Köstner erkrankt ist.

Ergänzungs- oder Änderungswünsche zu der Tagesordnung bestehen nicht.

1. Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 21.01.2010

Einwände und Anmerkungen zu der Niederschrift bestehen nicht.

2. „Staatsanwalt vor Ort“- Bericht von Herrn Köstner - Bezug: Antrag des sachkundigen Bürgers Egidi (Grüne) in den Sitzungen vom 30.04.2009 und 25.06.2009; hier: Ausgefallener Termin bei der JHA-Sitzung vom 24.09.2009 - Vorlage-Nr. 31/09 a

TOP entfällt.

3. Kindertagesbetreuung; hier: Weiterer Ausbau von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren - Vorlage-Nr. 48/88 cn

Ratsherr Weitz (SPD) bittet darum, nähere Angaben zu den Kooperationspartnern zu erfahren.

Pfarrer Buhren (Evangelische Kirche) verweist auf 2.2. der Leistungsbeschreibung des Antrages, worin die verschiedenen Kooperationspartner allgemein benannt sind. Grundsätzlich wollte man vermeiden, hier konkrete Namen zu nennen.

Er schlug vor, hierzu Frau Krause-Duven als zukünftige Leiterin des Familienzentrums anzuhören. Hiergegen bestehen keine Einwände seitens des Ausschusses.

Frau Krause-Duven benannte dann namentlich und beispielhaft die betreffenden Ärzte, Praxen und anderen Stellen.

Ratsfrau Dr. Frantziach-Immenkeppel (CDU) begrüßt seitens ihrer Fraktion, dass nunmehr bereits ein fünftes Familienzentrum hier in Brühl eingerichtet wurde. Sie weist jedoch darauf hin, dass sowohl in Brühl-Ost als auch in Brühl-Süd ein weiterer Bedarf für Familienzentren bestehe.

Frau Vorsitzende Küster (CDU) und Stadtkämmerer Freytag (Verwaltung) teilen hierzu mit, dass in den nächsten zwei Jahren die Lücken in Brühl-Ost und Brühl-Süd geschlossen werden. Für das nächste Jahr ist in Brühl-Süd die Einrichtung eines Familienzentrums vorgesehen.

Frau Reisner (Sonderspaß e.V.) bittet bei den zukünftigen Familienzentren darauf zu achten, dass insbesondere integrative Gesichtspunkte berücksichtigt und entsprechend in den Leistungsbeschreibungen aufgeführt werden.

Frau Vorsitzende Küster (CDU) stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die evangelischen Kindertageseinrichtungen Rodderweg und „Unterm Regenbogen“ der evangelischen Kirchengemeinde im Kindergartenjahr 2010/2011 dem Land NRW gegenüber als fünftes Familienzentrum in Brühl zu benennen.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

4. Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme von Kindern an der Offenen Ganztagschule an Grundschulen der Stadt Brühl; Bezug: SchA vom 23.03.2010 - Vorlage-Nr. 24/03 ax

Ratsherr Weitz (SPD) stellt fest, dass zusätzlich zu der Vorlage der Satzung noch ein Antrag der fw/bVb-Fraktion gestellt wurde und den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis vorliegt.

Für seine Fraktion erklärt er, dass diese sowohl die Verwaltungsvorlage der Satzung als auch den Änderungsantrag der fw/bVb-Fraktion ablehnen.

Er begründet dies mit der Tatsache, dass offensichtlich mit der Beitragsatzung ein höheres Einnahmenvolumen erreicht werden sollte. Gleichzeitig würde die Qualität der Betreuung in den Hintergrund treten.

Für die SPD-Fraktion sei Ziel, eine grundsätzliche Beitragsfreiheit für die Betreuung zu gewähren.

Frau Vorsitzende Küster (CDU) entgegnet bezüglich der Qualitätsverbesserung, dass die Träger der Offenen Ganztagschulen zukünftig eine höhere finanzielle Unterstützung erhalten werden und hierdurch auch eine Qualitätsverbesserung erreicht werden soll.

Keinesfalls solle mit den Mehreinnahmen der Haushalt der Stadt Brühl ausgeglichen werden.

Ratsfrau Mäsgen (Grüne) fragt nach, ob dargestellt werden kann, inwieweit sich die Einkommensstaffelung laut Antrag der fw/bVb-Fraktion finanziell auf die Eltern auswirken würde.

Stadtkämmerer Freytag (Verwaltung) erklärt, dass hierzu keine Berechnung seitens der Verwaltung durchgeführt werden kann.

Frau Meyer (Kinderschutzbund) erkundigt sich nach der Höhe des städtischen Zuschusses pro Platz und danach, ob Zahlen bekannt sind, wie viele Kinder sich in den einzelnen Einkommensgrenzen befinden.

Stadtkämmerer Freytag (Verwaltung) weist noch einmal darauf hin, dass es sich bei der zur Diskussion stehenden Satzung um die Offenen Ganztagschulen an den Grundschulen der Stadt Brühl handelt. Hier ist federführend der Fachbereich Schule. Nach seinen Erkenntnissen liegen dort noch keine Zahlen bezüglich der Aufteilung auf die einzelnen Einkommensgrenzen vor. Wegen der Bezuschussung pro Platz verwies er auf den Schulausschuss vom 23.03.2010. Danach ist eine Erhöhung pro Platz von 1.230,- € auf 1.600,- € vorgesehen.

Aktuell bezuschusst das Land jeden Platz mit jährlich 820,-- €. Der Eigenanteil der Stadt Brühl liegt aktuell bei 410,--€ pro Kind und Schuljahr. Zukünftig sollen die Zuschüsse sowie die Elternbeiträge ausreichen, damit die Finanzierung bei den Trägern der Offenen Ganztagschulen ausgeglichen ist.

Frau Vorsitzende Küster (CDU) weist darauf hin, dass in allen ihr bekannten Beitragssatzungen anderer Kommunen unterschiedliche Staffelungen bei den Einkommensgrenzen vorgesehen sind.

Sachkundiger Bürger Waasem (CDU) fragt nach, ob eventuell Einkommensstaffelungen rechtlich vorgegeben sind.

Sowohl Frau Vorsitzende Küster (CDU) als auch Stadtkämmerer Freytag (Verwaltung) teilen hierzu mit, dass eine Einkommenshöchstgrenze vorgesehen ist. Staffelungen bestehen nur im Rahmen von Empfehlungen. Die Kommunen können alleine die Staffelungen vorgeben.

Ratsfrau Müller-Neimann (FDP) teilt für ihre Fraktion mit, dass nach Bekanntgabe des Antrages der fw/bVb-Fraktion ein weiterer Beratungsbedarf besteht. Aus diesem Grund beantragt sie, den Punkt nun von der Tagesordnung zu nehmen und zu einem späteren Zeitpunkt neu zu beraten oder über den Antrag abzustimmen.

Stadtkämmerer Freytag (Verwaltung) führt zu diesem Antrag aus, dass der Jugendhilfeausschuss zu diesem Tagesordnungspunkt nur zu beteiligen ist und diesen lediglich zur Kenntnis nehmen muss.

Er schlägt vor, im JHA konkrete Fragen zu stellen, welche dann bis zur nächsten Ratssitzung seitens der Verwaltung geklärt werden könnten. Dort sei eine Beschlussfassung erforderlich, da die betreffenden Eltern bis zum Beginn des Schuljahres über die Höhe der Beiträge informiert werden sollen.

Herr Assenmacher (Caritas) weist darauf hin, dass der JHA in jedem Falle bei allen Belangen der OGS zu beteiligen ist und hier eine Meinungsbildung im Rahmen eines Empfehlungsbeschlusses getroffen werden könnte. Für seine Tätigkeit bei der Caritas lägen ihm bereits Anfragen von Eltern über die Höhe der Beiträge vor. Hier hätte er mit dem betreffenden Fachbereich klären können, dass Kündigungsfristen ggf. ausgesetzt werden. Grundsätzlich hätten sich Eltern dahingehend geäußert, dass sie bei einer weiteren Beitragserhöhung sogar von dem Besuch ihrer Kinder in der OGS absehen würden.

Frau Reisner (Sonderspaß e.V.) fragt ebenfalls nach, ob ein Überblick vorliegt, aus dem ersichtlich ist, wie viele Kinder in welchen Einkommensgruppen eingestuft sind.

Stadtkämmerer Freytag (Verwaltung) führt hierzu aus, dass er die Anfrage an den Fachbereich Schule weiterleiten wird.

Zu den Ausführungen von Herrn Assenmacher erläutert er, dass aus seiner Sicht keine Entscheidungsbefugnis im Rahmen der Beteiligung besteht.

Ratsherr Weitz (SPD) widerspricht den Ausführungen von Frau Vorsitzende Küster (CDU) bezüglich Einnahmen im Haushalt. Er zitiert die Niederschrift des letzten SchA vom 23.03.2010, worin Herr 1. Beigeordneter Brandt (Verwaltung) für die Staffelung in der Beitragssatzung auch haushaltstechnische Gründe anführt.

Frau Vorsitzende Küster (CDU) antwortet hierauf, dass im Protokoll auch aufgeführt sei, dass die Bezuschussung in der OGS erhöht wird, um zusätzlich eine Qualitätsverbesserung zu erreichen.

Ratsherr Weitz (SPD) bittet darum, dass der Fachbereich Schule bis zur nächsten Ratssitzung kurz erläutert, wie es zu der Qualitätsverbesserung kommen soll.

Herr Kasiske (Stadtjugendring) schließt sich diesem Antrag an. Zusätzlich weist er darauf hin, dass es zu einer Erhöhung der Beiträge von 15,-- € pro Monat kommt.

Hier sollte noch einmal überlegt werden, ob die Interessen der Kinder mehr in den Vordergrund zu stellen sind.

Ratsfrau Mäsgen (Grüne) teilt für ihre Fraktion mit, dass sie eine Staffelung der Beiträge grundsätzlich begrüßt. Sie sieht jedoch bei der Erhöhung der Beiträge Widerspruch zu einer kinderfreundlichen Stadt Brühl. Zum Antrag der fw/bVb-Fraktion fehlen noch zusätzliche Informationen. Aus Sicht der Grünen-Fraktion würde diese ebenfalls beiden Staffelungen ablehnen.

Frau Weiler (Schulen) führt zu der Qualität der OGS aus, dass die Träger und deren Personal eng mit den einzelnen Schulen zusammenarbeiten. Sie sieht aber auch die Notwendigkeit höherer Beiträge, um zusätzlich qualifiziertes Personal einstellen zu können.

Sachkundiger Bürger Waasem (CDU) bittet um nähere Erläuterung, wie man zu der durchschnittlichen Erhöhung von 15,-- € kommt.

Stadtkämmerer Freytag (Verwaltung) beantwortet die Frage dahingehend, dass hier die Schulverwaltung eine Vergleichsberechnungen auf Grundlage der Zahlen bei den Kindertageseinrichtungen und dem dort bekannten Einkommen der Eltern durchgeführt hat.

Beschluss:

Der JHA nimmt die Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme von Kindern an der OGS der Stadt Brühl, Bezug: SchA vom 23.03.2010 zur Kenntnis.

5. Erziehungsberatungsstelle Brühl/Wesseling hier: Entfristung einer Vollzeitstelle - Vorlage-Nr. 27/03 i

Sachkundiger Bürger Waasem (CDU) und Ratsherr Weitz (SPD) begrüßen die Umwandlung einer befristeten Vollzeitstelle in eine unbefristete Vollzeitstelle.

Ratsherr Weitz (SPD) erklärt weiterhin, dass seine Fraktion in einer der vergangenen Sitzung des JHA darum gebeten hatte, der damaligen Befristung der Vollzeitstelle durch die Stadt Wesseling nicht zuzustimmen. Daher fragt er nach, welche Gründe nun in Wesseling vorliegen, die zu der Entfristung der Vollzeitstelle geführt haben. Außerdem stellt er fest, dass aus der beiliegenden Liste für die Personalausstattung hervorgeht, dass in Brühl immer noch eine Vollzeitstelle laut Empfehlungen besetzt werden sollte. Er bittet um kurze Erläuterung, ob hier hinsichtlich der Besetzung dieser Stelle Angaben vorliegen.

Stadtkämmerer Freytag (Verwaltung) erklärt, dass ihm zu der Frage der Besetzung keine Angaben vorliegen. Er wird sich jedoch entsprechend erkundigen.

Zu der Entscheidungsfindung bei der Stadt Wesseling führt er aus, dass ihm bekannt sei, dass dort sehr kontrovers aufgrund der Haushaltslage in Wesseling diskutiert wurde. Dennoch hat man sich zu einer unbefristeten Vollzeitstelle entschlossen.

Abschließend teilt Ratsfrau Mäsgen (Grüne) auch für ihre Fraktion mit, dass sie die Umwandlung der befristeten Vollzeitstelle in eine unbefristete Vollzeitstelle begrüßt

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

6. Kindertagesbetreuung**hier: Buchung von Betreuungszeiten in den Brühler Tageseinrichtungen****Anfrage des Ratsherrn Weitz (SPD) in der Sitzung des JHA vom 21.01.2010 - Vorlage-Nr. 48/88 co**

Ratsherr Weitz (SPD) bedankt sich für die schnelle und umfangreiche Antwort der Verwaltung in Form einer Vorlage.

Grundsätzlich sei ihm jedoch aufgefallen, dass das Buchungsverhalten der Eltern zu höheren Betreuungszeiten tendiert. Hier gibt er zu bedenken, dass man hinsichtlich der befristeten Verträge der Erzieherinnen darauf achten sollte, diese in unbefristete Verträge umzuwandeln.

Stadtkämmerer Freytag (Verwaltung) teilt mit, dass man seitens des Jugendamtes dabei sei, die befristeten Arbeitsverträge nach und nach zu entfristen.

Sachkundiger Bürger Waasem (CDU) ist in der Vorlage aufgefallen, dass einige Einrichtungen nur mit höheren Betreuungszeiten aufgeführt sind. Er erkundigt sich danach, ob die betreffenden Einrichtungen auch kürzere Betreuungszeiten anbieten.

Stadtkämmerer Freytag (Verwaltung) erklärt zu der Anfrage, dass das Buchungsverhalten der Eltern den Angeboten bzw. Konzepten der einzelnen Tageseinrichtungen entspricht.

Sachkundige Bürgerin Fischer (fw/bVb) stellt fest, dass die höheren Betreuungszeiten insbesondere bei den Freien Trägern festzustellen sind.

Pfarrer Buhren (Evangelische Kirche) erläutert für seine Tageseinrichtungen, dass im Vorfeld der Elternwille erfragt wurde und es daher zu diesen Buchungen gekommen sei.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

7. Hilfe zur Erziehung**7.1 Fach- und Finanzkennzahlen zum Stichtag 31.03.2010 - Vorlage-Nr. 57/06 j**

Es besteht kein Gesprächsbedarf

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

7.2 Jahresbericht 2009 des Sozialdienst katholischer Frauen (SKF) Pflegekinderdienst (PKD) für die Stadt Brühl - Vorlage-Nr. 57/06 k

Frau Vorsitzende Küster (CDU) begrüßt hierzu Frau Liebl.

Frau Liebl ist die zuständige Mitarbeiterin für den Pflegekinderdienst beim SKF.

Frau Vorsitzende Küster (CDU) bedankt sich für den umfangreichen und informativen Bericht von Frau Liebl.
Es bestehen keine Fragen zu der Vorlage.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Jahresbericht 2009 des Sozialdienstes katholischer Frauen Rhein-Erft (SKF) über die Vollzeitpflege zur Kenntnis.

**8. Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit;
hier: Änderung der Richtlinien vom 01.01.2005 - Vorlage-Nr. 9/00 p**

Ratsfrau Mäsgen (Grüne) erkundigt sich, ob die Angabe in Punkt 1.3 – „sonstige“ nicht zu weit gefasst ist, da in der alten Fassung konkret Brühler- oder Rhein-Erft-Kreis-Verbände aufgeführt waren.

Herr Miron und Herr Kasiske (Stadtjugendring) führen hierzu aus, dass erfahrungsgemäß bisher wenige Anträge von weiter entfernten Jugendverbänden oder anerkannten Trägern der Freien Jugendhilfe gestellt wurden. Außerdem stellt Herr Miron (Stadtjugendring) fest, dass lediglich Brühler Kinder gefördert werden.

Frau Vorsitzende Küster (CDU) stellt die Vorlage dann zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die in den Erläuterungen beschriebenen Änderungen der Richtlinien zum 01.01.2011.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

**9. Eltern- und Familienbegleitung;
hier: Elternbesuchsdienst - Vorlage-Nr. 19/10**

Sachkundiger Bürger Waasem (CDU) erkundigt sich, warum es auch negative Reaktionen bei den Elternbesuchen gegeben hat und welche Gründe die Eltern hier vorgebracht haben.

Außerdem bittet er darum, dass sich eine der beiden zuständigen Mitarbeiterinnen im JHA vorstellt.

Frau Flatten (Verwaltung) führt zu der Frage aus, dass die Hausbesuche grundsätzlich als positiv empfunden wurden.

Die wenigen negativen Erfahrungen gab es bei Eltern, die gerade erst nach Brühl gezogen und deren Kinder bereits mehrere Monate alt waren.

Es war abgesprochen, dass die Eltern von Kindern bis zu einem Jahr auch nach dem Umzug nach Brühl noch besucht werden.

Die anderen negativen Reaktionen gab es von Kindeseltern, bei denen bereits beim ersten Hausbesuch ein Beratungs- und Unterstützungsangebot gemacht werden musste und hier auch Informationen an den ASD weitergeleitet wurden.

Ratsfrau Mäsgen (Grüne) fragt nach, wie die Erfahrungen des Besuchsdienstes bei Eltern mit Migrationshintergrund sind.

Frau Flatten (Verwaltung) erklärt, dass der Besuchsdienst auch von diesen Eltern gerne angenommen wird.

Stadtkämmerer Freytag (Verwaltung) ergänzt zum Tagesordnungspunkt, dass das erstellte Elternbegleitbuch überarbeitet wird und in einer zweiten aktualisierten Auflage erscheinen wird. Hierüber werden die Mitglieder des JHA informiert. Zukünftig wird in bestimmten Abständen über die Tätigkeit des Elternbesuchsdienstes berichtet.

Zusätzlich stellt er fest, dass eine Mitarbeiterin des ASD ab Sommer in den Bereich der Elternbesuche wechseln wird.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

**10. Jugendhilfeausschuss des Rates;
hier: Anfrage der Fraktion Freie Wähler/Bürgervereinigung Brühl vom 18.04.2010 - Vorlage-Nr. 20/10 a**

Sachkundige Bürgerin Fischer (fw/bVb) erkundigt sich bei den anderen Ausschussmitgliedern, ob diese die Einladungen oder Informationen der benannten Veranstaltungen und Ausschüsse erhalten haben.

Sachkundiger Bürger Waasem (CDU) und Herr Neumann (Amtsgericht) bestätigen, dass ihnen regelmäßig solche Informationen und Einladungen zugesandt werden.

Sachkundige Bürgerin Fischer (fw/bVb) wird in ihrer Fraktion bezüglich der Weiterleitung der Einladungen und Informationen nachfragen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

11. Mitteilungen

Herr Kasiske (Stadtjugendring) teilt mit, dass er zukünftig nur noch als Vertreter im JHA tätig sein wird.

Er bedankt sich bei den anderen Mitgliedern für die gute Zusammenarbeit während seiner Tätigkeit im Ausschuss.

12. Anfragen

12.1 Anfrage von Herrn Miron (Stadtjugendring)

Er bittet um kurze Sachstandsmitteilung bezüglich des Großspielgerätes im Mehrgenerationenpark

Stadtkämmerer Freytag (Verwaltung) teilt hierzu mit, dass eine Entscheidung in der nächsten Zeit getroffen wird. Der Sperrvermerk muss noch aufgehoben werden. In einem der zukünftigen Jugendhilfeausschüsse wird hierüber berichtet.

12.2 Anfragen von Ratsherrn Weitz (SPD)

- Folgekosten bezüglich der Auslagerung der Jugendverbände

Er weist darauf hin, dass ihm immer noch keine Antwort von der Verwaltung vorliegt.

- Ausländerbeirat/Integrationsausschuss

Er bittet darum zu prüfen, welche Auswirkungen der jetzt gewählte Integrationsausschuss auf die Entsendung eines Vertreters in den JHA hat. Stadtkämmerer Freytag (Verwaltung) erklärt, dass dies seitens der Verwaltung geprüft wird.

12.3 **Anfragen Frau Meyer (Kinderschutzbund)**

- Bündnis für Familien

Sie bittet um einen kurzen Sachstandsbericht.

Stadtkämmerer Freytag (Verwaltung) bittet darum, die zukünftige Entwicklung, Arbeit und Informationen abzuwarten.

- Betreuungslücken während der Sommerferien 2010/2011

Sie fragt nach, ob hier Regelungen getroffen wurden.

Stadtkämmerer Freytag (Verwaltung) weist darauf hin, dass in den städtischen Einrichtungen für die Sommerferien 2010 bereits konkrete Regelungen festgelegt wurden und für die Sommerferien 2011 diese rechtzeitig bekannt gegeben werden. Weiterhin werden auch die OGS in die Überlegungen bezüglich der Betreuungslücken mit einbezogen.

- Räumlichkeiten für eine weitere Kinderbetreuung

Stadtkämmerer Freytag (Verwaltung) teilt mit, dass derzeit keine geeigneten Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.

Stadtkämmerer Freytag (Verwaltung) teilt abschließend in der öffentlichen Sitzung des heutigen JHA mit, dass er aufgrund der umzusetzenden Verwaltungsstrukturreform heute letztmalig an einer Jugendhilfeausschusssitzung teilgenommen hat.

Er bedankt sich bei allen Mitgliedern des JHA für die sehr gute Zusammenarbeit und wünscht dem Jugendhilfeausschuss für die Zukunft viel Erfolg.